

Jusos Lüdenscheid
Am Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
[facebook.com/jusosluedenscheid](https://www.facebook.com/jusosluedenscheid)



Jugend.macht.Politik.

*Das jugendpolitische Programm der Jusos Lüdenscheid
Stand: 2018*

I. Inhalt

I. Inhalt

II. Einleitung

III. Eine gerechte Schul- und
Bildungspolitik

IV. Eine zuverlässige und gute
Jugendarbeit - in den Stadtteilen und mobil

V. Ein starkes und unterstütztes Ehrenamt

VI. Eine Stadt mit guten und langfristigen
Freizeitangeboten für junge Menschen

VII. Eine digitale Infrastruktur und eine
zukunftsorientierte Wohnpolitik

VIII. Ein abwechslungsreiches Nachtleben
für alle

II. Einleitung

Wir Jusos haben eine interessante Zeit hinter uns. Mehr als ein Jahr lang haben wir Jugendtreffs beabsichtigt, uns mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Stadt zusammengesetzt und mit freien Träger*innen von Jugendarbeit gesprochen. All das haben wir gemacht, damit wir ein Programm für alle schreiben können. Denn nur durch Gespräche mit den direkt betroffenen Personen zu sprechen, können wir ihre Probleme besser erkennen. Vor allem Gruppen, die von der Politik nicht immer erreicht und berücksichtigt werden, können wir so eine Stimme geben.

Wir als Jungsozialist*innen sind immer noch davon überzeugt, dass alle Kinder und Jugendlichen gerechte Startchancen brauchen. Das geht nur wenn wir weiterhin eine gerechte Jugendpolitik machen. Es ist wichtig, dass hierfür alle zusammenarbeiten. Das betrifft unter anderem die freien Träger*innen von Jugendarbeit, den Rat und die Stadtverwaltung.

Uns ist wichtig, dass alle Menschen eine Möglichkeit bekommen, am sozialen Leben teilzunehmen. Dort gibt es noch eine Menge zu verbessern, worauf unsere Stadt allerdings nur wenig Einfluss hat. Was aber in

Lüdenscheid geregelt werden kann, muss auch angegangen werden.

Wir haben auf unserer Jugendtrefftour gesehen, wie viel Unterstützung für Kinder und Jugendliche es in der Stadt bereits gibt. Trotzdem muss auch eine ganze Menge verbessert werden.

Jugendpolitik betrifft allerdings mehr als nur die Jugendtreffs. Auch darüber hinaus sind Themen wie Mobilität, Wohnen, Ausbildung, Kultur, Ehrenamt, Nachtleben und Schule wichtig für junge Leute. All das sind aber nicht nur Themen der Jugend. Wie zum Beispiel die Zukunft der Arbeit und der Mobilität aussieht, ist eine gesamtgesellschaftliche Frage. Wir fordern, dass Lüdenscheid in diesen Fragen Vorreiter wird und mutig voran geht.

Aber auch direkt innerhalb unserer Stadt müssen Themen angegangen werden. Dazu gehört zum Beispiel die Zukunft des Kulturhauses, die Gestaltung von Nachtleben in Lüdenscheid, die Schaffung mehr bezahlbaren Wohnraums, der Ausbau der Fachhochschule und vieles mehr.

Das sind alles Themen, die wir aufgreifen wollen. Für eine gerechte Stadt – denn auch Jugend.macht.Politik.

III. Schulen und Bildung

Eine gerechte Schul- und Bildungspolitik

Bildung stellt die Grundlage eines guten Lebens und des sozialen Aufstiegs dar.

Die Kommune als Schulträgerin kann hierauf einen gewissen Einfluss ausüben. Wir fordern deshalb, **den offenen Ganzttag weiter auszubauen**, damit mehr Kinder nach der Schule betreut werden können.

Bildung ist niemals unpolitisch und Demokratie sollte schon im Bildungssystem erlernt werden. Eine Möglichkeit ist eine **jugendpolitische Projektwoche** in den neunten Klassen, in denen sich Schüler*innen mit ihrem Lüdenscheid von morgen auseinandersetzen und ihre Ideen formulieren können.

Die innerschulische Demokratie muss dringend gestärkt werden. Dazu zählen auch die Schüler*innenvertretungen. Diese müssen **besser unterstützt werden und mehr Mitspracherechte** erhalten.

Insbesondere vor dem Hintergrund von Denunziationnetzwerken rechtsextremer Parteien, ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Schule und mit den Eltern besser wird.

Vor diesem Hintergrund kann auch die Kooperation mit anderen Gremien verbessert werden; die **Schüler*innenvertretungen müssen auch im Kulturhausbeirat vertreten sein** um sich dort für ein schüler*innenfreundlicheres Programm einzusetzen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Zusammenarbeit bezüglich des Spielplanes zwischen dem Kulturhaus und den Schulen diskutiert werden.

Das Kulturhaus und die lokalen Schulleitungen sollen enger zusammenarbeiten um die Anpassung des Programms an Themen, die in den Schulen behandelt werden, möglich zu machen. So soll vereinbart werden können, dass eine Klasse im Rahmen des Deutschunterrichts **die Aufführung eines zum Unterricht passenden Werkes** besucht. Das Kulturhaus wäre voll und die Schüler*innen würden an das Kulturhaus herangeführt.

Schüler*innen halten sich in Pausen oft in ihrer Mensa auf. In Mensen sollte es daher die kostengünstige Möglichkeit für ein **gesundes und ausgewogenes Mittagessen** geben. Wenn die Schüler*innen nicht in der Mensa sind, sind sie meist auf dem Schulhof. Wir wollen, dass Schulhöfe auch **außerhalb der Schulzeit** für Freizeitaktivitäten genutzt werden können. Dazu sollen entsprechende Angebote geschaffen werden.

Immer wieder kommt die Thematik auf, ob Handys an Schulen heutzutage hilfreich, unumgänglich oder nach wie vor ein No-Go sind. Um hier mit der Zeit zu gehen und die beste Entscheidung für die Jugendlichen in der Stadt Lüdenscheid zu treffen fordern wir, dass die Stadt ein Gremium erstellt, welches zusammen mit Lehrer*innen, Expert*innen und Schüler*innenvertretungen einen **ganzheitlichen und allgemeingültigen Leitfaden** für den Umgang erstellt.

Schulsozialarbeit ist mittlerweile bereits an einigen Schulen in Lüdenscheid vorhanden, jedoch gibt es das immer wiederkehrende **Problem der Vergabe von Mitteln**. Daher fordern wir, dass die Befristungen von Schulsozialarbeiter*innen aufgehoben werden und dass es hierzu vom Land **fest zugeordnete Budgets** für die Bezuschussung von Schulsozialarbeiter*innen gibt.

Sollten die Mittel seitens des Landes zu einem Zeitpunkt nicht mehr gewährleistet sein, fordern wir, dass die Stadt Lüdenscheid langfristige Schulsozialarbeit unabhängig von Landesmitteln an allen Schulen bedarfsbezogen gewährleistet.

Außerhalb der Schule kann auch in Jugendtreffs Bildung betrieben werden. Wir wollen, dass das **Jugend-**

hearing wieder eingeführt wird. Regelmäßig und anlassbezogen soll es an wechselnden Orten in der Stadt für Jugendliche die Möglichkeit geben, ein größeres Mitspracherecht in der Kommunalpolitik zu haben. Zusätzlich sollen die Jugend-Hearings einen Rahmen dafür geben, dass Jugendliche die unterschiedlichen Parteien und deren Einstellungen kennenlernen können.

Das Angebot an online verfügbaren Büchern in der Stadtbücherei muss über die bestehende Kooperation mit der FH hinaus **auf weitere Bücher ausgeweitet** werden, insbesondere im Hinblick auf Fachliteratur für die hier angebotenen Studiengänge.

Bereits im Kindesalter, insbesondere aber auch im Jugendalter sollte ein **sicherer Umgang mit dem Internet** deshalb in Zukunft noch stärker als heute gewährleistet sein. Aus diesem Grund fordern wir, dass die VHS in jedem Semester Schulungen für Eltern und Lehrkräfte zum Thema Sicherheit im Umgang mit dem Internet anbietet. Gegebenenfalls soll hierzu Expertise von der Landesmedienanstalt eingeholt werden. Kinder und Jugendliche sollen das Wissen über den **Informatikunterricht** vermittelt bekommen.

Wir fordern verstärkte Möglichkeiten zur Berufswahl-

vorbereitung um Jugendlichen frühzeitig Berufsperspektiven aufzuzeigen. Diese neue Form soll nicht nur wie bislang gehandhabt im Rahmen von Unterrichtsfächern oder Berufswahlmessen und auf Basis von schulischen Leistungen geschehen, sondern vielmehr **auch im Bereich der Freizeitaktivitäten** und persönlichen Stärken erfolgen.

Um dies zu gewährleisten soll der Auftrag zur schulischen Berufswahlvorbereitung in Leistungsvereinbarungen zum einen von Jugendtreffs und zum anderen von Schulsozialarbeitsverträgen aufgenommen werden.

Ein Beispiel hierfür wäre, dass Jugendtreffs Firmenbesichtigungen veranstalten können oder dass Mitarbeiter*innen des Jugendtreffs für Begabungen der Jugendlichen hinsichtlich der späteren Berufswahl sensibilisiert werden.

Jugendtreffs sollen weiterhin die Möglichkeit haben sich hierbei **pädagogische und fachliche Unterstützung** bei der Schulsozialarbeit zu holen.

Der Schulentwicklungsplan der Stadt Lüdenscheid beinhaltet bislang ausschließlich statistische Werte. Wir fordern einen Schulentwicklungsplan, der sich inhalt-

lich mit allen Schulen der Stadt Lüdenscheid befasst. Der Schulentwicklungsplan soll auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit, insbesondere die **schulbezogene Jugendarbeit** thematisieren.

Wir fordern einen Ausbau der Schulungsmaßnahmen für die Suchtprävention. Solche Aktionen könnten die Volkshochschule, Drogenberatungsstellen oder externe Referenten durchführen. Zielgruppe für diese Schulungen sind in erster Linie die Jugendlichen selbst, aber auch Eltern, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen im Bereich der Jugendförderung und Lehrer*innen.

Der Sozialpass muss in Zukunft auch bestimmte private Angebote miteinschließen, Jugendangebote fehlen ebenso. Besonders wichtig ist jedoch, dass man über den Sozialpass auch Bildungsangebote wie z.B. Nachhilfe vergünstigt bereitgestellt bekommt.

Wir bekennen uns zum Neubau der Musikschule und erneuern unsere Forderung nach einem **Rechtsanspruch auf einen Musikschulplatz für alle Personen unter 18 Jahren.**

IV. Jugendarbeit

Eine zuverlässige und gute Jugendarbeit - in den Stadtteilen und mobil

Wir fordern, dass in der mobilen Jugendarbeit und in den Jugendtreffs eine **kontinuierliche Arbeit** möglich ist. Dabei ist ein zentraler Punkt, dass die Mitarbeiter*innen mit unbefristeten Verträgen ausgestattet sind und die Einrichtungen auf lange Zeit abgesichert sind.

Das Leben und insbesondere das Freizeitverhalten der Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Deswegen muss die Verwaltung sich so strukturieren, dass diese neuen Anforderungen berücksichtigt werden können.

Daher fordern wir, dass die Stadt Lüdenscheid bis Mitte 2019 ein Konzept für eine **zukunftsorientierte Jugendarbeit** in Lüdenscheid erstellt. Dieses Konzept soll auch die Zusammenarbeit mit freien Träger*innen berücksichtigen. Die Erstellung kann auch im Zuge einer Masterarbeit o.ä. geschehen.

Dieses Konzept soll auch die Zusammenarbeit mit freien Trägern berücksichtigen. Außerdem sollte das Konzept die Fragestellung beantworten, wie sich

die schulbezogene Jugendarbeit in zukünftigen Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern und Zielen der städtischen Einrichtungen wiederfindet.

Um die **Partizipation der Jugendlichen zu fördern** wollen wir die Selbstverwaltung der Jugendtreffs stärken. Dazu gehört die **Beteiligung** bei der Organisation von Veranstaltungen und anderen Angeboten, sowie des Zusammenlebens in den Treffs. Die Angebote sollten niedrigschwellig sein, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Generell sollten die Jugendtreffs **mehr Veranstaltungen** organisieren, auch um abseits des Tagesgeschäfts Kinder und Jugendliche an den Treff heranzuführen.

Wir setzen uns für kostenloses Wasser in den Jugendtreffs ein.

Außerdem soll in Schulen mit Flyern, Broschüren etc. die Möglichkeit für Jugendliche bestehen, sich über die Jugendtreffs zu informieren. Weiterhin sollen wichtige Termine und Veranstaltungen in oder mit Jugendtreffs an Schulen kommuniziert werden um dort noch mehr Zulauf generieren zu können.

Die Zeit der Notreparaturen in Jugendtreffs muss vorbei sein. Um die Attraktivität der Treffs zu steigern, fordern wir, dass die **Ausstattung immer auf aktuellem**

Stand und in angemessenem Zustand gehalten wird. Dafür muss ein entsprechendes Budget zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern, dass die städtischen Jugendtreffs langfristig planen können, damit den Jugendlichen eine kontinuierliche Anlaufstelle gegeben wird. Das bedeutet, das Befristungen in den Verträgen der Mitarbeiter*innen gestrichen werden. Um die Kontinuität in den Jugendtreffs zu gewährleisten ist es auch wichtig, dass die **Öffnungszeiten** über einen längeren Zeitraum nur geringfügig verändert werden und schüler*innenfreundlich sind.

Personell muss jeder Jugendtreff auf **mindestens zwei unbefristet hauptamtlich beschäftigte Fachkräfte** ausgeweitet werden, die Einbindung von Praktikant*innen und FSJ-ler*innen soll beibehalten werden. Zusätzlich zu den fest zugeordneten Beschäftigten muss **eine Person als „Springer*in“** bei der Stadt angestellt werden, die mögliche Personalengpässe abfedern kann. Es wäre sinnvoll, diese Person im Jugendtreff Stern Center anzudocken, weil besonders dort häufig mehr Personal benötigt wird.

Die Stadt Lüdenscheid lässt derzeit durch die neu geschaffene Stelle des Streetworkers ein Konzept für

die aufsuchende Jugendarbeit erstellen. Sollte aus diesem Konzept hervorgehen, dass ein **zusätzlicher personeller Bedarf** in der aufsuchenden Jugendsozialarbeit besteht, fordern wir, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, ohne dass an anderer Stelle im Bereich Jugend gespart wird. Darüber hinaus muss aufsuchende Jugendsozialarbeit in Zukunft auch in **innenstadtfernen Bereichen** gewährleistet sein.

Die **sozialen Medien** spielen gerade im Leben eines*r Jugendlichen eine zentrale Rolle. Auch die Lüdenscheider Jugendeinrichtungen müssen in diesem Bereich präsent sein und im Internet **schnell und unkompliziert** auffindbar sein.

Dazu sollte ein **Steckbrief** bei einer Google-Suche selbst angelegt oder aktualisiert werden. Im gleichen Zug kann außerdem eine interaktive Karte mit allen Jugendangeboten in der Stadt erstellt werden.

Selbstverständlich muss in allen Jugendtreffs sowie in allen Schulen und auf allen öffentlichen Plätzen frei zugängliches und **kostenloses WLAN** vorhanden sein.

Treffs müssen im äußeren Eingangsbereich **offener und einladender** gestaltet werden und auch Aufmerksamkeit erregen. Dazu gehört zum Beispiel, dass die

Öffnungszeiten sichtbar sind. Das Ziel ist, sie zum zentralen Anlaufpunkt der Jugendlichen eines Stadtteils zu machen.

Das Budget für die Jugendarbeit der freien Träger*innen und der städtischen Angebote soll trotz des Haushaltssicherungskonzeptes nicht sinken. Vielmehr muss es erhöht werden, damit das **notwendige Personal** eingestellt werden kann. Das Budget für den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ist in der bisherigen Höhe mindestens beizubehalten. Mehrkosten durch Tarifabschlüsse dürfen nicht zu Lasten der anderen Positionen des Bereichs gehen.

Die **Vertragslaufzeiten** mit den freien Träger*innen sollen **verlängert werden**, damit auch die nicht-städtische Jugendarbeit langfristige Planungssicherheit hat.

Wir fordern außerdem eine Anpassung der Bezuschussung von Ferienfreizeiten. Hierzu soll das bisher genutzte Gießkannenprinzip, welches alle Ferienmaßnahmen unabhängig ihres Preises, Inhalts und ihrer Zielgruppe gleich bezuschusst, abgeschafft werden.

Die Höhe des Gesamtbudgets für die Zuschüsse soll bei Bedarf erhöht werden. Bei der neuen Bezuschussung

wird für jede Ferienfreizeit individuell entschieden, wie hoch die Bezuschussung sein soll. Hierbei sind Kriterien die inhaltliche und preisliche **Niedrigschwelligkeit**, sowie die geplante Zielgruppe. Weiterhin soll es zukünftig auch für Ferienmaßnahmen **vor Ort** die Möglichkeit der Bezuschussung geben.

V. Ehrenamt

Ein starkes und unterstütztes Ehrenamt

Das Ehrenamt bildet eine wichtige Stütze innerhalb unserer Gesellschaft. Ohne ehrenamtliche Tätigkeiten wäre vieles nicht möglich. Deswegen müssen Anreize geschaffen und Hürden gesenkt werden, sich zu engagieren.

Dazu gehört vor allem **Wertschätzung**. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenamtlichen **Respekt** entgegengebracht wird. Das gilt insbesondere für ehrenamtliche Rettungskräfte, zum Beispiel bei den Freiwilligen Feuerwehren oder dem DRK.

Ehrenamtliches Engagement stößt immer wieder auf Hürden. Wer bei der Freiwilligen Feuerwehr ist, muss bei Einsätzen vom Betrieb **problemlos bezahlt freigest-**

ellt werden. Die Stadt muss auf die Lüdenscheider Unternehmen zugehen um für mehr Sensibilisierung in dieser Hinsicht zu sorgen.

Wir unterstützen das Konzept der Ehrenamtskarte. Sie sollte mit vielfältigen Angeboten eine Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit darstellen. Die aktuelle Beantragungs- und Angebotssituation ist allerdings ausbaufähig, so dass die Ehrenamtskarte in Lüdenscheid nur sehr selten genutzt wird.

Daher fordern wir, dass die **Hürden für die Beantragung gesenkt werden** und das Konzept bekannter gemacht wird.

Die Angebote bieten insbesondere für Jugendliche eine geringe Attraktivität, deshalb müssen **weitere Kooperationspartner*innen** für die Ehrenamtskarte gewonnen werden, die auch speziell für diesen Bereich Anreize schaffen.

VI. Freizeit

Eine Stadt mit guten und langfristigen Freizeitangeboten für junge Menschen

Die Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche in

städtischen Kultur- und Freizeiteinrichtungen müssen flächendeckend eingeführt und **bis einschließlich 21 Jahre** verlängert werden. Liegen über dieses Alter hinaus Nachweise für Schule, Studium oder Ausbildung vor, sollen die Vergünstigungen **weiter gelten**.

Trotz der Haushaltssicherung fordern wir, dass sich die Preisgestaltung für Jugendliche in den Kultureinrichtungen verbessert.

Kultur muss **für alle** da sein. Die neue Initiative „KulturDealer“ befürworten wir und fordern, dass sie bestehen bleibt und gegebenenfalls ausgebaut wird. Im Kulturhaus soll ein **Angebot für Jugendliche** bestehen bleiben. Ob eine Abonnementreihe allerdings noch zeitgemäß ist, stellen wir in Frage. Generell muss die Attraktivität des Kulturhauses für junge Menschen weiterhin gesteigert werden, um auch **neue Zielgruppen für die Zukunft** zu erreichen. Das müssen das Kulturhaus und das Kulturmanagement übernehmen. Das Kulturmanagement soll außerdem darauf achten, dass Kulturveranstaltungen in Jugendtreffs durchgeführt werden.

Die sozialen Medien spielen eine wichtige Rolle im Leben aller Jugendlichen. Wir fordern eine einheitliche und aktiv gepflegte Präsenz der Lüdenscheider Kul-

turangebote im Bereich Social Media. Wir begrüßen, dass eine Stelle zu diesem Zweck geschaffen wurde. Die betreffende Person darf sich jedoch nicht nur mit der Social Media Präsenz der Stadt Lüdenscheid beschäftigen, sondern muss auch die **Medienpräsenz der Lüdenscheider Kultureinrichtungen** auf- und ausbauen sowie zeitgemäß halten.

Zur Förderung von kreativen jungen Menschen soll das Jugendkulturbüro einmal jährlich **einen Wettbewerb** veranstalten, für das sich Jugendkulturschaffende bewerben können, um Anreize für größere Jugendkulturveranstaltungen zu schaffen. Die besten Veranstaltungen sollen dann mit der zur Umsetzung benötigten Summe von der Stadt Lüdenscheid gefördert werden. Ziel ist, dass mehrere **Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Jugendkultur** in Lüdenscheid durchgeführt werden können und die Stadt das aktiv unterstützt.

Auch mit kommerziellen Anbieter*innen von Jugendkultur sollen von städtischer Seite Kooperationen zu Vergünstigungen für junge Menschen vereinbart werden.

Durch immer längere Schulzeiten verlagern sich die Freizeitaktivitäten weiter in die Abendstunden und

in das Wochenende, daher fordern wir **längere Öffnungszeiten** am Wochenende im Familienbad Nattenberg, sowie eine **bessere Preisgestaltung** mit Rabatten für junge Menschen.

Wir wollen außerdem, dass erneut ein **preiswertes Schüler*innencafe** in der Innenstadt etabliert wird. Ein Standort in der ehemaligen Kulturhausgastronomie wäre beispielsweise zu prüfen.

Generell kann der Kulturhauspark mehr als bisher zur Anlaufstelle für die Jugend werden. Viele Jugendliche wissen nicht, was sie in der Innenstadt tun sollen. Der Skateverein, der die Jahnhalle betreibt, wird diese aufgrund der Baufähigkeit der Halle verlassen müssen. Wir fordern, dass die Stadt den Skater*innen trotzdem Platz zum Skaten bietet. Der Kulturhauspark würde sich für einen **Skatepark** gut eignen. Wir wollen, dass diese Möglichkeit von der Verwaltung geprüft und gegebenenfalls umgesetzt wird.

Das Sporteln soll neben einem Angebot für Kinder auch zu einem Angebot für Jugendliche werden. Die Sporthallenbelegungspläne der Stadt müssen digital einsehbar gemacht werden, damit interessierte Gruppen die Möglichkeit haben bei spontanen Ausfällen **eine Halle kurzfristig zu nutzen**. So bekommen alle

die Möglichkeit die Hallen der Stadt zu nutzen.

Zur Ergänzung des Sportangebotes für Jugendliche soll weiterhin zweimal im Jahr eine **Sportnacht** durchgeführt werden. Diese Sportnächte sollen nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund Märkischer Kreis durchgeführt werden. Ziel ist dabei **verschiedene neue und trendige** Sportarten anzubieten.

Zu einer solchen Sportart muss man auch **E-Sport** zählen. Die Jugendhilfe muss sich damit beschäftigen in welcher Form sie hier als Partner auftreten kann. Dies kann z.B. über die Organisation von Turnieren oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten erfolgen. Die Sportlandschaft in Lüdenscheid soll für Jugendliche abwechslungsreich und damit auch attraktiv bleiben. Daher ist zu gewährleisten, dass auch Sportarten abseits des Fußballs durchgeführt werden können (z.B. Inline Hockey). Dafür sollen in Lüdenscheid entsprechende Räumlichkeiten vorgehalten werden. Dies gilt für die Anzahl sowie für die Ausstattung der Räumlichkeiten. Von einer Schließung von Sportstätten ist daher abzusehen.

Für viele Jugendliche stellt Ferienarbeit die einzige Möglichkeit dar, sich selbst Geld zu verdienen. Umso schlimmer ist es, wenn dort die Rechte der meist mind-

erjährigen Jugendlichen teilweise verletzt werden. Wir fordern von Jugendamt und Gewerbeaufsicht, dass eine **umfassende Überprüfung** zum Thema Jugendarbeitsschutz durchgeführt wird.

Schwerpunkte dieser Überprüfungen sollen die Bereiche Zeitungszustellung, Gastronomie und Spielhallen aber auch die Industrie sein. Auf Basis der Ergebnisse dieser Überprüfung soll dann entschieden werden, ob die Anzahl der regelmäßigen Kontrollen in Zukunft angepasst werden muss. Weiterhin soll in Schulen über Rechte und Pflichten im Rahmen von Ferienarbeit besser aufgeklärt werden.

VII. Infrastruktur und Wohnen

Eine digitale Infrastruktur und eine zukunftsorientierte Wohnpolitik

Zu einer für Jugendliche attraktiven Stadt gehört auch eine Infrastruktur, die sich mit ihren Angeboten an alle richtet. Das betrifft neben dem Freizeitverhalten auch noch viele andere Punkte.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss weiter vorangetrieben werden. Gerade junge Menschen ha-

ben aufgrund von Ausbildung oder Schulbesuch nicht immer die Möglichkeit, innerhalb der Öffnungszeiten zu Ämtern zu gehen. Die Möglichkeit **Dinge digital zu beantragen**, ist aufgrund dessen sehr wichtig. Um die Digitalisierung zu gestalten soll zum Beispiel eine **Stabsstelle Digitalisierung** in der Stadtverwaltung installiert werden.

Leerstand muss aktiv bekämpft werden, damit die Innenstadt attraktiver wird. Wir halten es für sinnvoll, wenn zu diesem Zweck **Pop-Up-Stores** geschaffen werden, auch mit gezielten Angeboten für Jugendliche. Die Attraktivität der Innenstadt sollte außerdem durch **dauerhafte Lichtinstallationen** gesteigert werden, ganz nach dem Motto „Stadt des Lichts“.

Wir wollen, dass die Lüdenscheider Quartierseingänge mit Bögen der jeweiligen Stadtteilnamen über den Straßen optisch aufgewertet werden, insbesondere im Innenstadtbereich und der Altstadt.

Die Spielplätze im Stadtzentrum müssen **erneuert und modernisiert** werden. Außerdem ist es wichtig für die Aufenthaltsqualität, dass **mehr Grünflächen** im Stadtzentrum geschaffen und die bestehenden aufgewertet werden. Die Aufwertung betrifft jedoch nicht nur den Innenstadtbereich. Auch in den Stadtteilen sollten in Leerständen **Stadtteilzentren** einger-

ichtet werden, die auch Anlaufstellen für Jugendliche darstellen. Das würde den Zusammenhalt im Stadtteil selbst stärken und einen zentralen Anlaufpunkt darstellen.

Die Jugendeinrichtungen müssen besser an den ÖPNV angebunden werden, damit Kinder und Jugendliche auch in den Abendstunden selbstständig, sicher und zuverlässig nach Hause kommen können.

Es bleibt dabei: Auch weiterhin setzen wir uns für ein **AzubiTicket im Märkischen Kreis** ein. Außerdem sollen die Nachtbusse wieder eingeführt werden, bei großen Veranstaltungen in der Stadt sollen **Sonder-Nachtbusse zu attraktiven Preisen** eingesetzt werden, auch um Trunkenheit am Steuer vorzubeugen. Wir fordern außerdem, dass der Kreis sich für ein **Pilotprojekt für einen kostenlosen ÖPNV** einsetzt.

Fahrradwege sollten auch weiterhin im Rahmen des Fahrradkonzeptes ausgebaut werden, insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden **E-Mobilität**. Es müssen Orte geschaffen werden, an denen Fahrräder innenstadtnah abgestellt werden können, zum Beispiel in einem **Fahrradparkhaus**.

Wohnen und Mietpreise sind ein wichtiger Faktor

gerade für junge Menschen, wenn sie sich entscheiden ob sie in eine Stadt ziehen (oder in ihr bleiben). Wir fordern von der LüWo, dass sie **neue Wohnkonzepte** in Lüdenscheid anschiebt und das Wohnen bezahlbarer macht, gerade für Studierende, Auszubildende und junge Familien. Darüber hinaus erneuern wir die Forderung nach einem **WG-Haus** und einem **Azubiwohnheim**.

VIII. Nachtleben

Ein abwechslungsreiches Nachtleben für alle

Selbstverständlich gehört auch das Nachtleben zur Jugendkultur in Lüdenscheid. Wir wollen, dass nicht alle Lüdenscheider Jugendlichen am Wochenende in die nächstgrößeren Städte fahren müssen. Dazu ist es wichtig, dass wir die Lüdenscheider Veranstaltungen und Events übersichtlicher organisieren, zum Beispiel mit einem öffentlichen Veranstaltungskalender der Stadt, der auch das Nachtleben miteinschließt.

Wir haben in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen mit **Events am Bahnhof** gemacht. Dort sollte eine Fläche freigehalten werden, damit weitere Veranstaltungen organisiert werden können. Generell soll im

Hinblick auf die vielen Events in der Stadt und das sich in der Diskussion befindliche Festival in Lüdenscheid gemeinsam mit den Lüdenscheider Gastronom*innen ein **runder Tisch** gebildet werden, damit die Interessen aller vertreten werden.

Die Außengastronomie auf dem Stern- und Rathausplatz soll wieder ausgebaut werden. Wir nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass dort erste Flächen wieder vermietet worden sind.

Die Stadt soll eine*n **zentrale*n Ansprechpartner*in** benennen, der/die das Nachtleben in Lüdenscheid koordiniert und bei der Planung von Events von Seite der Stadt assistiert.